

VERKEHRSMINISTER EINIGEN SICH AUF PREISERHÖHUNG

Deutschlandticket soll ab Januar 58 Euro kosten

Das Deutschlandticket bleibt - wird aber teurer, darauf haben sich die Verkehrsminister verständigt. Wie es ab 2026 weitergehen soll, ist derzeit noch unklar.

Götz Hausding 27.09.2024 ⌚ 2 Min



Foto: picture alliance / CHROMORANGE

Das Deutschlandticket kostet ab dem kommenden Jahr neun Euro mehr. Weiterhin können damit Busse und Bahnen des Nah- und Regionalverkehrs genutzt werden, aber keine Fernzüge.

Das Deutschlandticket wird teurer. Wer den öffentlichen Nahverkehr in ganz Deutschland mit nur einem Ticket nutzen möchte, muss ab dem kommenden Jahr 58 Euro pro Monat hinlegen. Gestartet war das Ticket im Mai 2023 mit einem Preis von 49 Euro. [Den Aufschlag um neun Euro haben die Verkehrsminister der Länder](#) bei einer Sonderkonferenz am Montag beschlossen. Wie es ab 2026 weitergehen soll, ist derzeit unklar. Oliver Krischer (Grüne), Vorsitzender der Verkehrsministerkonferenz, zeigte sich zufrieden, "dass es uns gelungen ist, im Jahr 2024 den Preis stabil zu halten". Ab 2025 komme man aber um eine maßvolle Preiserhöhung nicht herum.

Erst muss das Regionalisierungsgesetz novelliert werden

Damit aber das Deutschlandticket für das Jahr 2025 überhaupt erst einmal gesichert werden kann, muss das Regionalisierungsgesetz novelliert werden. Das wurde bei der Verkehrsministerkonferenz ausdrücklich betont. Nur so nämlich kann die am 6. November 2023 zwischen den Länderchefs und dem Bundeskanzler vereinbarte und für die Finanzierung des Deutschlandtickets zwingend erforderliche überjährige Verwendbarkeit der Bundesmittel erfolgen. Geht es nach den Ländern, so soll der Bund die Überjährigkeit der Mittel auch für die Folgejahre sicherstellen.

In der Nacht zum Freitag hat der Bundestag nun [den entsprechenden Gesetzentwurf](#) an den Verkehrsausschuss überwiesen. Neben der Überjährigkeit ist darin auch eine "haushaltskonsolidierende Maßnahme" enthalten: Ein Betrag in Höhe von 350 Millionen Euro soll danach nicht im Jahr 2025 zur Auszahlung gebracht werden, sondern erst nach Vorlage der Nachweise über die Verwendung der Regionalisierungsmittel für das Jahr 2025 im Jahr 2026 erfolgen.

Bund muss nicht mehr als 1,5 Milliarden jährlich zahlen

Die Neuregelung gilt auch als die Grundlage für den Preisanstieg. Schreibt sie doch fest, dass es keine über den Betrag von jeweils 1,5 Milliarden Euro pro Jahr hinausgehende Nachschusspflicht von Bund und Ländern gibt. Sofern der Betrag den Rahmen von neun Milliarden Euro (je 1,5 Milliarden Euro von Bund und Ländern für 2023, 2024 und 2025) überschreitet, müssten die Länder geeignete Maßnahmen ergreifen, um den Zuschussbedarf ohne Rückgriff auf die nach Paragraph 5 des Regionalisierungsgesetzes zur Verfügung gestellten Mittel zu decken. "Dabei kommt auch eine Preis-anpassung des Deutschlandtickets in Betracht", heißt es im Entwurf. Genau das ist nun passiert.

Ein Jahr nach der Einführung: Ist das Deutschlandticket eine echte Alternative?

Eine Flatrate für Bus und Bahn nützt wenig, wenn ländliche Gebiete schlecht angebunden sind. Unklar bleibt zudem, wie viel das Deutschlandticket künftig kosten wird.



Zukunft des Deutschlandtickets: Alle Fraktionen wollen das Ticket

Für 49 Euro kann jeder den gesamten ÖPNV in Deutschland nutzen. Doch die Finanzierung des Deutschlandtickets ist für die kommenden Jahre nicht gesichert.



[VERKEHR](#)

[ÖPNV](#)

[DEUTSCHLANDTICKET](#)